

## PIRATEN SETZEN SICH EIN

- Für die Stärkung des Daten- und Verbraucherschutzes
- Für die Informationelle Selbstbestimmung
- Für die Wahrung der Privatsphäre gegenüber Staat und Wirtschaft
- Für die Stärkung des Datenschutzes und den Einsatz von Datenschutzbeauftragten an Universitäten
- Für Prävention statt Überwachung
- Für ein Versammlungsrecht ohne Einschränkungen
- Für den Schutz vor Staatlichen Übergriffen durch eine Identifikationsnummer für Polizisten
- Gegen die Vorratsdatenspeicherung sowie die verdachtunabhängige Telekommunikationsüberwachung
- Für das Recht auf anonyme Kommunikation
- Gegen die Entwicklung und den Einsatz von Staatstrojanern
- Gegen den Einsatz stiller SMS
- Gegen die Handy-Rasterfahndung per Funkzellenauswertung
- Für die Abschaffung des Verfassungsschutzes
- Gegen die Privatisierung hoheitlicher Aufgaben und gegen die Abgabe des Gewaltmonopols an private Sicherheitsdienste
- Für die Abschaffung der Residenzpflicht

## WIR BITTEN UM SPENDEN

Es gibt auch die Möglichkeit mit dem Portemonnaie für die Piraten zu stimmen. Und jede Spende wirkt gleich dreifach:

- Sie hilft die Anliegen und Werte der Piraten in die Öffentlichkeit zu bringen.
- Jeder gespendete Euro wird im Nachhinein aus der Parteienfinanzierung fast verdoppelt.
- Zu guter Letzt werden Spenden und Mitgliedsbeiträge an politische Parteien durch eine steuerliche Ermäßigung begünstigt.

### Online spenden

Besuche <http://spende.piraten-nds.de> und sag uns einfach was du spenden möchtest.

### Spenden per Handy

Spende 5€ per SMS. Sende **PIRATEN** an **81190**. Eine SMS kostet 5 € zzgl. der normalen SMS-Versandkosten. Der Betrag abzüglich 17 Cent geht direkt an die Piratenpartei Deutschland für politische Arbeit. Die Abrechnung erfolgt über die Mobilfunkrechnung.

### Spenden per Überweisung

**Bank:** GLS Gemeinschaftsbank eG  
**Empfänger:** Piratenpartei Niedersachsen  
**Konto:** 402 147 3200  
**BLZ:** 430 60 967  
**Verwendungszweck:** Spende an die Piraten NDS

## BESUCHE UNS IM WEB

**Website:** <http://wahl.piraten-nds.de>  
**Twitter:** <http://twitter.com/PiratenNDS>  
**Facebook:** <http://facebook.com/PiratenNDS>

# BÜRGERRECHTE UND DATENSCHUTZ



V.i.s.d.P Andreas Neugebauer  
Bahnhofsallee 25  
31134 Hildesheim

Bild Front: CC-BY-SA - jaeschol (Flickr)

Flyer: CC-BY - Piratenpartei Niedersachsen



**PIRATEN NIEDERSACHSEN**

**DEMOKRATIE WAGEN**

## Datenschutz und Datensparsamkeit

Mit der zunehmenden Digitalisierung und Vernetzung der Gesellschaft, hat der Schutz persönlicher Daten immens an Bedeutung gewonnen. Durch das nahezu unkontrollierte Wachstum stattlicher Dienste wie der Kameraüberwachung oder der Funkzellenabfrage, aber auch durch das Wachstum privater Dienste wie Facebook, hat der Bürger die Kontrolle über seine Daten verloren. Wir fordern eine strengere Reglementierung von Staat und Wirtschaft in diesem Bereich und wollen den Bürgern so die Kontrolle über ihre persönlichen Daten zurück geben. Unnötige Datensammlungen lehnen wir ab. Wir unterstützen die Arbeit von Verbraucherschutzorganisationen, die für die Durchsetzung der Rechte der Verbraucher eintreten und fordern mehr Rechte und Kompetenzen für die Vertretung von Bürgerinteressen gegenüber Staat und Wirtschaft.

## Prävention statt Überwachung

Eine verantwortungsbewusste Innen- und Sicherheitspolitik respektiert die Grundrechte der Bürger. Wir lehnen es ab, durch Maßnahmen wie die Vorratsdatenspeicherung oder die verdachtsunabhängige Telekommunikationsüberwachung alle Bürger unter Generalverdacht zu stellen. Sicherheitsgesetze, die die Grundrechte der Bürger beschneiden gehören auf den Prüfstand. Wir wollen das Sicherheitsgefühl der Bürger Niedersachsens stärken, setzen dazu jedoch auf Prävention durch soziale Maßnahmen und Bildung statt auf absolute Kontrolle.

## Versammlungsfreiheit ist Grundrecht

Jeder Bürger hat das Recht, in der Öffentlichkeit auf Missstände hinzuweisen und Rechte einzufordern. Die beschlossenen Einschränkungen der Versammlungsfreiheit müssen zurück genommen werden. Schon bei Formfehlern drohen Teilnehmern und Versammlungsleitung hohe Bußgelder. Nur durch eine Stärkung des Versammlungsrechts können wir unsere Demokratie langfristig am Leben erhalten.

## Schutz vor polizeilichen Übergriffen

Als Träger des Gewaltmonopols stehen die Polizeilichen Behörden in einer besonderen Verantwortung, der sie leider nicht immer gerecht werden. Insbesondere auf Versammlungen kommt es immer wieder zu rechtswidrigen Übergriffen einzelner Polizisten auf Versammlungsteilnehmer. Häufig hat der Betroffene dabei nicht die Möglichkeit, den Namen des Beamten zu erfahren um diesen später zur Verantwortung zu ziehen. Wir setzen uns daher für die Einführung einer jederzeit deutlich erkennbaren, individuellen Identifikationsnummer für bei Versammlungen im Einsatz befindlichen Polizisten ein.

## Verfassungsschutz abschaffen

Die Piratenpartei betrachtet den Verfassungsschutz als Fremdkörper in der Demokratie und fordert seine Abschaffung. Grund sind sich häufende Unregelmäßigkeiten und wiederholt auftretende schwere Fälle von Amtsmissbrauch durch Mitarbeiter des Verfassungsschutzes. Der Verfassungsschutz ist nicht nur einen erheblicher Schaden für die Demokratie, sondern verursacht auch erhebliche Kosten. Beides wird von einem möglichen Nutzen nicht aufgewogen. Das Trennungsgebot von Polizei und Geheimdiensten wird durch die Piratenpartei zudem kontrolliert und auch weiterhin durchgesetzt werden. Alle von Maßnahmen des Verfassungsschutzes Betroffenen sollen nach Ablauf einer gesetzlich festgesetzten Frist automatisch über Ermittlung und Ergebnisse informiert werden. Anwaltliche Akteneinsicht muss gewährt werden.

## Kein Einsatz des Staatstrojaners

Wir lehnen den Einsatz von Spionagesoftware durch staatliche Behörden kategorisch ab. Derartige Ermittlungsmethoden stellen in unseren Augen einen massiven und unverhältnismäßigen Eingriff in das Telekommunikationsgeheimnis und die Unverletzlichkeit der Wohnung dar. Bisher getätigte Einsätze des Staatstrojaners und der Umgang mit den hierbei angefallenen Daten von Bürgern bedürfen eingehender Untersuchung durch den Landtag. Alle relevanten Unterlagen zu den Einsätzen und Verträge zwischen Dienstleistern und Behörden sollen unverzüglich öffentlich zugänglich gemacht werden. Der Einsatz einer staatlichen Überwachungssoftware, zukünftige Gesetzesvorlagen die auf eine Legalisierung derartiger Maßnahmen abzielen, sowie die Finanzierung einer Entwicklung derartiger Software werden wir strikt ablehnen.